

Klimaschutz und Nachhaltigkeit – ein Gespräch mit Dr. Klaus Breyer

Vom 3. bis zum 14. Dezember trifft sich die internationale Staatengemeinschaft zum 24. Weltklimagipfel in Katowice/Polen. In Berlin streitet gerade die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ über den Kohleausstieg. In Hambach demonstrierten 50.000 Menschen für den Erhalt des vom Tagebau bedrohten Waldes. Wie steht es um die deutsche Energiewende und den Klimaschutz? Dazu sprechen wir mit Klaus Breyer. Er ist Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der EkvW, zu dem die Evangelische Akademie Villigst gehört. Er ist EKD-Synodaler, Mitglied im Sprecher*innen-Rat der Klima-Allianz Deutschland (www.klima-allianz.de) und im Vorstand des Klimadiskurses NRW tätig (www.klimadiskurs-nrw.de).

Diskurse: Herr Breyer, wie steht es um den Klimaschutz?

Breyer: Die Jahre 2015, 2016 und 2017 waren die heißesten Jahre seit Beginn der globalen Temperaturaufzeichnungen. Auch in Deutschland erleben wir, was die Klimawissenschaft schon seit Jahrzehnten als zunehmende Häufung der Extremwetterereignisse prognostiziert: Dem Starkregensommer 2017 folgte 2018 ein Hitze- und Dürresommer. Natürlich ist das Wetter von vielen Faktoren abhängig. Dennoch: Das Klima ändert sich nicht nur hypothetisch in Zukunftsszenarien. Die Auswirkungen des Klimawandels sind längst real. An konsequentem Klimaschutz und einer Politik, die sich am Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung orientiert, führt kein Weg mehr vorbei. Die Zeit dafür drängt.

Auf umfassende Weise zerstört bereits heute der Klimawandel Leben, er untergräbt Entwicklung, verschärft und verfestigt Armut und treibt Millionen von Menschen in die Flucht. Die, die am wenigstens zu ihm beigetragen haben, die ärmsten Länder und in diesen Ländern die besonders Verletzlichen, sind am stärksten von seinen Auswirkungen betroffen. Diese Menschen haben nicht die Mittel, sich vor den Folgen zu schützen. Der Klimawandel ist bereits heute eine der größten Ursachen für Armut und Flucht.

Aus diesen Gründen engagieren wir uns im Institut und als Landeskirche seit Langem für Klimaschutz und eine entsprechende Energiepolitik. Wir sehen darin eine genuin kirchliche Aufgabe.

Auf dem Weltklimagipfel 2015 in Paris ist es nach zwei Jahrzehnten Klimadiplomatie endlich gelungen, einen gemeinsamen Standpunkt im Klimaschutz zu fixieren und entsprechende Ziele zur Begrenzung des Klimawandels zu vereinbaren. Es bereitet große Sorgen, dass die USA das Abkommen bereits gekündigt haben und auch Brasilien folgen könnte. Hier wird auf kurzfristigen Gewinn zum Schaden anderer, zum Teil noch nicht geborener Generationen gesetzt.

Doch auch die Umsetzung des Pariser Abkommens verläuft bislang kläglich. Die vorgelegten nationalen Klimaprogramme sind vollkommen unzureichend, um das vereinbarte 1,5°-C- bzw. 2°-C-Ziel zu erreichen. Auch Deutschland verfehlt deutlich seine selbstgesetzten Klimaziele. Wenn hier weltweit kein deutlich besseres Ambitionsniveau erreicht wird, steuern wir auf eine Temperaturerhöhung von 2,7° bis 3° C bis 2100 zu.

Und es könnte noch deutlich schlimmer kommen. Mit jedem Zehntelgrad globaler Temperaturerhöhung steigt das Risiko, dass sogenannte Kippelemente erreicht werden, die weltweit unumkehrbare zusätzliche Prozesse auslösen, die das Klimasystem noch viel stärker verändern. Zu den Kippunkten gehören unter anderem das Tauen der Permafrostböden, verbunden mit einer gigantischen Freigabe von Kohlendioxid und Methan, sowie das Abschmelzen großer Eisschilde in Grönland und am Südpol. Ein Meeresspiegelanstieg von über 10 Metern könnte dann z. B. die Folge

sein. Der gerade veröffentlichte Sonderbericht des Weltklimarates, *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)*, zum 1,5-Grad-Ziel stellt fest: Notwendig seien jetzt „schnelle, weitreichende und beispiellose Änderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen“. Ohne Trendwende könnte die 1,5-Grad-Marke bereits 2030 überschritten werden.

Das kommende Jahrzehnt ist somit das vermutlich wichtigste für den Klimaschutz. Viel hängt nun von konsequenten Nachbesserungen in der Klimapolitik auf der UN-Ebene, aber auch besonders von Industrieländern wie Deutschland ab, die bis vor wenigen Jahren noch eine Promotorenrolle hatten, nun aber weit in ihrer Energie- und Klimapolitik zurückgefallen sind. Dennoch besteht immer noch die Chance für eine im eigentlichen Sinne nachhaltige Entwicklung, die dazu führt, dass die planetaren Grenzen nicht mehr überschritten werden.

Diskurse: Der Hambacher Wald ist ein schönes Symbol für Wildheit und Natur inmitten einer Industrielandschaft. Im Oktober haben 50.000 Menschen für den Erhalt des Waldes demonstriert. Das höchste Verwaltungsgericht des Landes stoppte kurz zuvor per Eilentscheid die Rodung. Das klingt nach Erfolg. Aber bei den derzeitigen Prognosen des Klimawandels kommt es auf die paar Bäume wohl kaum an, oder?

Breyer: Widerspruch! Es ging und geht in Hambach nicht nur um den Erhalt von Restbeständen eines uralten Waldes, der sozusagen in der „Schlusskurve“ der Braunkohle noch weggebaggert werden sollte. Es ist nachvollziehbar, dass immer mehr Menschen so etwas nicht billigen. In Hambach wurde jedoch auch – pars pro toto – der Konflikt um den deutschen Kohleausstieg und den damit verbundenen Strukturwandel „auf den Punkt“ gebracht.

Der vielfach abstrakte Streit um die klima- und energiepolitische Verantwortung Deutschlands und die oftmals nur in Expertenzirkeln verständliche Debatte um Mega- und Gigawatt verzichtbarer fossiler Kraftwerksleistung bekam im Hambacher Wald – wenn man so will – „lebendige Wurzeln“ und „bunte, herbstgefärbte Blätter“. Hambach ist zum Symbol geworden eines immer breiter werdenden Widerstands gegen das energie- und klimapolitische „Weiter so“.

Auf dem staubigen Acker in der Nähe von Buir kamen junge Familien zusammen, Anti-Atom- und Friedensbewegte, 68er mit ihren Enkeln, Bauern, die auf ihren Traktoren gegen den Landverlust protestierten, Umweltengagierte der Kirchen und Heimatvereine. Die großen Umweltverbände, die zur Demonstration aufgerufen hatten, erhielten unerwartet starken Rückenwind. Bewegende Bilder und Begegnungen, die ich nicht vergessen werde. Die Demonstration wurde einem Fest der engagierten Zivilgesellschaft.

Bitter ist, dass die NRW-Landesregierung bis zum Schluss auf die Durchsetzung geltenden Rechts gesetzt hat. Dabei war längst erkennbar, wie sehr dies den gesellschaftlichen Frieden und die Arbeit der „Kohlekommission“ störte, die den anstehenden Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung skizzieren soll. Hambach wurde damit auch zu einer vertanen Chance zu zeigen, dass Politik vermitteln und bedeutsame Transformationsprozesse zusammen mit der Zivilgesellschaft und anderen Stakeholdern gestalten kann.

Viel hängt nun von der Arbeit der „Kohlekommission“ ab. Wir brauchen jetzt einen klaren Ausstiegsplan, der ambitionierte Klimaziele, hohe Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit verbindet. Dass dies (noch) möglich ist, belegen zahlreiche belastbare Studien. Die Menschen in den Revieren merken – erst recht nach Hambach –, dass die Zeit der Kohle zu Ende geht. Wichtig ist, dass

jetzt die betroffenen Regionen eine langfristige Planungssicherheit erhalten, damit sie sich auf die notwendigen Veränderungen einstellen können.

Je länger der Beginn des Strukturwandels hinausgezögert wird, umso größer wird die Gefahr, dass es zu massiven sozialen und wirtschaftlichen Brüchen kommt, das heißt zu einem „Sturzflug raus aus der Kohle“ statt zu einem „Sinkflug“.

Deshalb ist es gut, dass die Debatte über den Kohleausstieg auch durch die Arbeit der Kommission enttabuisiert wird. Den Strukturwandel in den Braunkohleregionen gilt es aktiv zu gestalten und finanziell abzusichern, unter anderem über Strukturwandel-Fonds. Für den Rückbau der Anlagen und die Renaturierung sind die Betreiber der Tagebaue und Kraftwerke über Rückstellungen in die Verantwortung zu nehmen. Mit einer langfristigen Planung und ausreichender Unterstützung durch die öffentliche Hand kann der Übergang gestaltet werden. Keiner darf zurückgelassen werden!

Das gilt für die von Arbeitsplatzverlusten bedrohten Menschen in der Region, aber auch für die Menschen, die heute noch von Umsiedlung bedroht sind. Denn die zu Recht geforderte Sozialverträglichkeit in der Gestaltung des Strukturwandels hat noch eine andere Dimension. Sie besteht im Erhalt von Heimat durch den Stopp der Braunkohle. Sozialverträglichkeit meint auch das Leben in über Generationen gewachsenen Strukturen und sozialen Netzen; das meint den Erhalt von Erinnerungsorten, von Orten, die biografisch bedeutsam sind. Insofern war der Heimatverlust, den die Abaggerung von Dörfern und Höfen in den Revieren verursachte, schon immer in krasser Weise sozialunverträglich.

Diskurse: Die EU will Plastik-Trinkhalme, Wattestäbchen und andere Kleinteile verbieten. Das klingt sehr nach Minimalkonsens. Was müsste eigentlich alles passieren, damit die Klimaziele eingehalten werden könnten? Und warum dauert das so lange?

Breyer: Natürlich ist dies eine Maßnahme, die nur einen kleineren Beitrag zum Umweltschutz liefert. Aber das Handeln der EU erschöpft sich nicht darin. Im Bereich der Energieeffizienz hat die EU 2012 mit der Energieeffizienzrichtlinie Energieeinsparungen in vielen Bereichen angestoßen.

Doch häufig stehen nationale Interessen einem ambitionierteren Handeln der EU für den Klimaschutz entgegen. Ein Beispiel ist der Mobilitätsbereich. Besonders Deutschland boykottiert seit Jahren wichtige EU-Klimaschutzziele im Verkehrssektor, um damit vermeintlich seine Industrie zu schützen. So verhinderte die Bundesregierung immer wieder höhere CO₂- Grenzwerte für den Automobilbereich. Dass durch diese Verhinderungspolitik wichtige Innovationen in der deutschen Autoindustrie ausblieben, zeigt z. B. der Rückstand im Bereich E-Mobilität.

Insgesamt fehlt es in der deutschen und europäischen Klimapolitik an einem konsistenten Gesamtkonzept. Weder in Deutschland noch in Europa liegen belastbare Pläne vor, wie die Pariser Klimaziele erreicht werden können. Angesichts der bereits verstrichenen Zeit und des dadurch stark verkleinerten noch zur Verfügung stehenden Treibhausgas-Budgets müssen jetzt vorrangig in den Bereichen, die große Mengen Treibhausgase emittieren, Maßnahmen umgesetzt werden. Das sind im Wesentlichen die Energiewirtschaft sowie die Bereiche Mobilität und Gebäude, aber auch unsere Ernährungsweise. Der zu hohe Fleischkonsum führt neben Gesundheitsproblemen zur Zerstörung von wichtigen Kohlenstoffsinken wie Tropenwäldern sowie zu großen Treibhausgas-Emissionen in der intensivierten Viehhaltung. Auch verschlechtert sich die weltweite Ernährungssicherheit zunehmend durch Flächenkonkurrenzen zwischen Tierfutter- und Lebensmittelproduktion. Ökologisch erzeugte, saisonale und regionale Lebensmittel sind daher vorzuziehen, besonders

pflanzliche Lebensmittel, die im Allgemeinen erheblich weniger Treibhausgase und andere Umweltbeeinträchtigungen verursachen als Lebensmittel tierischen Ursprungs. Bei der umwelt- und klimagerechten Ausrichtung unseres Ernährungsverhalten und der landwirtschaftlichen Produktion besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf.

Die Bundesregierung plant gerade ein Klimaschutzgesetz und überarbeitet ihren Klimaschutzplan 2050. Bei einem verbesserten Ambitionsniveau könnten Klimaschutz, Sozialverträglichkeit und Planungssicherheit miteinander verknüpft werden. Außerdem wurden Kommissionen für die Bereiche Kohleausstieg und Strukturwandel, Mobilität und Gebäudewirtschaft ins Leben gerufen. Mit der Klimaallianz-Deutschland begleiten wir diese Prozesse konstruktiv kritisch.

Am Beispiel der Energiewirtschaft heißt das:

Auf der Grundlage des *IPCC*-Berichts und vieler belastbarer Studien ist ein Ausstieg aus der Kohleverstromung kurz nach 2030 notwendig und auch mit Blick auf die Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit gestaltbar.

Eine Deindustrialisierung bzw. ein *carbon leakage* im Bereich der energieintensiven Industrie ist nicht zu befürchten, wenn der Strukturwandel vernünftig und verlässlich gestaltet wird. Gleichzeitig müssen durch entsprechende Maßnahmen die Erneuerbaren Energien, die Netzinfrastruktur sowie Speichermedien ausgebaut werden.

Als Kirchen haben wir diese konsequente, sozialverträglich gestaltete Dekarbonisierung seit Jahren mit unseren Positionspapieren sowie EKD- und EkvW-Synodenbeschlüssen gefordert.

Auch Wirtschaftsverbände und Großunternehmen mahnen ein deutlich höheres politisches Ambitionsniveau an. Bereits heute ziehen sich, um Risiken zu minimieren, immer mehr Investoren – auch Kirchen! – aus Unternehmen zurück, deren Geschäftstätigkeit durch Exploration, Handel und Umwandlung von fossilen Energieträgern geprägt wird. Das Stichwort heißt hier *Divestment*.

Von großer Bedeutung ist zudem die deutliche Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz. Die notwendige Klimaneutralität bis 2050 wird sich nur mit der Halbierung unseres Energie- und Ressourcenverbrauchs erreichen lassen.

Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung, Technologien und Dienstleistungen, die die Energiewende und die Dekarbonisierung voranbringen, sind die neuen globalen Wachstumsmärkte, in denen Deutschland sein Knowhow erfolgreich einsetzen könnte.

Umso paradoxer ist es, dass Deutschland immer noch im großen Stil an der Kohleverstromung festhält. Kein Land in Europa emittiert so viel Kohlendioxid aus der Kohleverbrennung wie die Bundesrepublik. CO₂-intensive Braunkohle – und Steinkohlekraftwerke – „verstopfen“ in der Grundlast die Übertragungsnetze und machen Deutschland zum Stromexporteur Nummer eins.

Diskurse: Nach den neuesten Prognosen sollte man meinen, dass das Thema Klimawandel ins Bewusstsein der Menschen gerückt ist. Dennoch war es 2017 kaum Wahlkampfthema, praktische Handlungen sind kaum sichtbar. Warum ist Klimaschutz so unattraktiv für Politik und Gesellschaft, obwohl es doch um unser Überleben geht?

Breyer: Klimapolitik ist eine Langfrist-Politik, über Legislaturperioden und Generationen hinaus. Die repräsentative Demokratie hat hier ein Problem, da Transformationsprozesse oft große Interessenskonflikte auslösen, der politische Erfolg sich jedoch oft erst mittelfristig und schon gar nicht im Takt der Legislaturperioden einstellt. Selbstverständlich ist Klimaschutz Daseinsvorsorge und

Schutz der Menschenrechte. Deshalb darf die Politik auch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Es braucht dafür jedoch ausdauernde parlamentarische wie außerparlamentarische, das heißt zivilgesellschaftliche Initiativen, die das politische Koordinatensystem in Richtung großer Transformation verschieben.

Hier ist das Engagement der Kirchen, von Umwelt- und Entwicklungsverbänden sowie von vielen Initiativen, die auf Stadt- und Quartiersebene für eine nachhaltige Entwicklung arbeiten, von großem Belang. Besonders hervorheben möchte ich unsere Mitarbeit in der Klimaallianz Deutschland – einem großen, breit aufgestellten zivilgesellschaftlichen Bündnis für konsequenten Klimaschutz, in dem Kirchen, Umwelt- und Entwicklungsverbände, Gewerkschaften sowie weitere Initiativen zusammenarbeiten. Die Klimaallianz versteht sich als *Pressure-Group*, die mit klaren Positionen Einfluss auf klima- und energiepolitische Entscheidungen zu nehmen versucht. Ihre Gründung fand übrigens in unserer Evangelischen Akademie, damals noch in Iserlohn, statt.

Ich habe jedoch auch den Eindruck, dass die Klimapolitik – neben Themen wie Familien-, Gesundheits-, Wohnungspolitik – wieder an Fahrt gewinnt. Direkt spürbare Ereignisse wie der Hitzesommer 2018, die Ernteauffälle, Niedrigwasser, aber auch die Diesel-Fahrverbote und der Konflikt um den Hambacher Wald haben sicherlich dazu beigetragen. Die letzten Landtagswahlen zeigten auch in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus, dass Leitbilder einer solidarischen, sich nachhaltig entwickelnden Gesellschaft, Wähler*innen anziehen.

Außerdem erleben wir eine Repolitisierung des Klimaschutzes, da die Zeiten des „allen wohl und keinem wehe“ vorbei sind und wir vor Grundsatzentscheidungen stehen, denen wir nicht länger ausweichen können. Die Auseinandersetzung um Kohleausstieg und Strukturwandel oder um die Mobilitätswende, die ja mehr ist als der Konflikt um den Dieselmotor und die Förderung des E-Autos, sind dafür Beispiele.

Diskurse: Evangelische Akademien verstehen sich als Forum für strittige Themen und offene Probleme. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Evangelischen Akademien, auf den Klimawandel zu reagieren, und wo und wie können Sie Einfluss nehmen?

Breyer: Wir wissen genug um zu handeln. Im Weg stehen oft große Interessenskonflikte und politische Blockaden, die vielfach verknüpft sind mit Geschäftsmodellen der „fossilen“ Zeit. Wir müssen Wege finden diese Blockaden zu überwinden. Gute Orte dafür können die Evangelischen Akademien sein. In verschiedenen öffentlichen und vertraulichen Formaten kann es gelingen, die Konfliktherde im Bereich des Strukturwandels, der Erneuerbaren Energien, des Netzausbaus oder im Bereich der Mobilitätswende besser zu verstehen. In vertraulichen Diskursformaten kann es zumindest in Teilbereichen gelingen, Interessenskonvergenzen herauszuarbeiten und gemeinsame Wege zu entdecken.

Vor diesem Hintergrund haben wir in Nordrhein-Westfalen zusammen mit dem NABU, dem BUND und der Verbraucherzentrale den *Klimadiskurs NRW* gegründet, der solche Diskurse sehr erfolgreich mit unserer Unterstützung organisiert. Der *Klimadiskurs NRW* hat mittlerweile über 100 institutionelle Mitglieder. Neben den genannten Gründungsmitgliedern wirken zahlreiche weitere zivilgesellschaftliche Gruppierungen, aber auch Gewerkschaften, Verbände und Unternehmen der Wohnungswirtschaft, Chemieunternehmen, zahlreiche Dachverbände der Wirtschaft, Kommunen und Stadtwerke, aber auch kleine und mittelständische Unternehmen mit (www.klimadiskurs.nrw).

Aber nicht nur der Diskurs, sondern auch die Entwicklung von Positionen zur Klima- und Energiepolitik, die ihren Niederschlag z. B. in Synodenbeschlüssen und politischen Initiativen finden, ist eine wichtige Aufgabe für die Akademiearbeit. Hier kooperieren wir mit der bereits erwähnten Klimaallianz Deutschland.

Für unser Institut ist glaubwürdiges politisches Handeln immer verbunden mit dem „Kehren vor der eigenen Tür“, das heißt dem klima- und umweltverträglichen Handeln in der Kirche als Organisation. Vor diesem Hintergrund haben wir das kirchliche Umweltmanagement *Grüner Hahn* (www.kirchliches-umweltmanagement.de) zusammen mit anderen Landeskirchen entwickelt und in vielen Kirchengemeinden, kirchlichen Verwaltungen sowie Bildungseinrichtungen eingeführt. Seit 2012 unterstützt unsere Klimaschutzagentur (www.klimaschutz-ekvw.de) kirchliche Einrichtungen und Gemeinden dabei, die landeskirchliche Klimaschutzstrategie umzusetzen, um so das Ziel 40% weniger CO₂-Emissionen bis 2020 (Basis 1990) zu erreichen. Zurzeit arbeiten wir an einer Mobilitätsstrategie für unsere Landeskirche. Unsere Initiative *Zukunft einkaufen* (www.zukunft-einkaufen.de) ist bestrebt, die kirchliche Beschaffung fair, umwelt- und klimaverträglich zu gestalten. Besondere Aufmerksamkeit findet die jährliche Aktion „Klimafasten“ (www.klimafasten.de), die von zahlreichen Landeskirchen und Bistümern übernommen wurde.

Von besonderer Bedeutung sind für uns darüber hinaus Projekte kirchlicher Gemeinwesenarbeit wie z. B. *Nachhaltigkeit nimmt Quartier* (www.nachhaltigkeit-nimmt-quartier.de). Hier fördern wir zivilgesellschaftliches Engagement für eine zukunftsfähige Entwicklung besonders in benachteiligten Stadtteilen des Ruhrgebiets. Das Projekt *Wege zur Nachhaltigkeit* (www.wegezurnachhaltigkeit.de) macht in Kooperation mit dem Kirchentag in Dortmund die Vielfalt bestehender Initiativen transformativer Stadtentwicklung sichtbar – von *urban-gardening* und solidarischer Landwirtschaft bis hin zum selbstverwalteten Nachbarschaftsladen.